

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 1. Nachtragshaushaltssatzung sowie der 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004 sowie das Haushaltskonsolidierungskonzept 2004 werden beschlossen.

RM Eggers erklärt, dass die Gemeinde sich in einer sehr schwierigen finanziellen Situation befindet. Bei der Gewerbesteuer gab es Verluste in Höhe von ca. 500.000 € und auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mussten Einbußen hingenommen werden. Viele Einsparpotentiale wurden durchgeführt, so gab es u. a. Verringerungen bei den Personalausgaben in Höhe von 65.000 €. Der voraussichtliche Schuldenstand wird am Ende des Jahres bei ca. 10 Mio. € liegen und seiner Meinung nach gibt es im Moment keine Möglichkeit, dies zu verändern.

RM Just erklärt, dass GD Schmitz vor den Sommerferien von einer Haushaltssperre gesprochen und nach den Sommerferien erklärt hat, seine Fachbereiche fordern mehr Geld. Von Einsparpotentialen ist seiner Meinung nach nichts zu bemerken. Das Defizit hat sich von 1 Mio. € auf über 1,3 Mio. € erhöht. Wenn die Entwicklung so weiter geht, steht die Gemeinde Ende 2005 bei 2,5 Mio. €. Vom Land und vom Bund ist kein Geld zu erwarten, also ist die Gemeinde gefordert, das Haushaltsloch selbst zu schließen, d. h. dass die Ausgaben reduziert werden müssen. Dazu hätte er von der Verwaltung erheblich mehr Vorschläge und Überlegungen erwartet. Seine Fraktion ist der Meinung, dass in den Bereichen Umweltberatung, Bürgerservice, Abwasserkontrollen, Büchereiangebot, Tourismusbeauftragter Einsparungen gemacht werden können. Er hält einen Einstellungsstopp bzw. eine Wiederbesetzungssperre als geeignete Maßnahme für Personalkosteneinsparungen, denn sie zwingt die Verwaltung bei jeder Neueinstellung oder Wiederbesetzung, konkrete Gründe darzulegen und nur so könnte seine Fraktion dem Nachtragshaushalt zustimmen.

GD Schmitz erklärt, dass die Verwaltung in den letzten Monaten die Durchführung verschiedener Maßnahmen aus dem Vermögenshaushalt im Verwaltungsausschuss hat prüfen lassen. Er bemängelt, dass die seitens der BfB-Fraktion gemachten Vorschläge hinsichtlich Einsparungen wenig konkret sind. Bezüglich der geforderten Wiederbesetzungssperre weist er darauf hin, dass die Verwaltung in der Vergangenheit bei Stellenbesetzungen stets geprüft hat, ob Aufgabenverlagerungen vorgenommen werden können und somit eine Wiederbesetzung nicht erforderlich ist.

RM Schüder erklärt, dass sie den Nachtragshaushalt ablehnen wird, weil er Dinge enthält, die sie nicht mittragen kann. Hier geht sie insbesondere auf den Campingplatz ein, für den die Kosten mittlerweile auch noch gestiegen sind. Sie sieht es als problematisch an, dass Maßnahmen, für die eigentlich kein Geld vorhanden ist, nur durchgeführt werden, weil von Land oder Bund, Gelder versprochen werden. Ihr fehlen in dem vorliegenden Haushalt die Einsparungen.

RM Sutorius erklärt, dass dies der erste Haushalt nach etlichen Jahren ist, der mit einem Minus abschließt, denn der Haushalt 2003 war im Rechnungsergebnis vollkommen ausgeglichen. Der Verwaltung ist für ihre Arbeit zu danken, denn sie hat entsprechend den Ratsvorgaben gearbeitet und versucht, Kürzungen vorzunehmen. Bei den Preiserhöhungen, die es schon gegeben hat und die evtl. noch kommen werden, ist eine vernünftige Kalkulation gar nicht mehr möglich. Auf den massiven Rückgang der Steuereinnahmen bei der Einkommen-, Umsatz- und Gewerbesteuer, hat die Gemeinde keinen Einfluss, denn das sind Entscheidungen der Bundespolitik.

Eggerichs erklärt, dass der Verwaltungshaushalt eine Unterdeckung von ca. 1,3 Mio. € aufweist und zum Jahresende ein Schuldenstand von 10,5 Mio. € zu erwarten ist. Die jetzt durchgeführten und teilweise von seiner Fraktion mitgetragenen Steuererhöhungen konnten dieses Ergebnis nicht verhindern. Angesichts der Tatsache, dass lt. Eckwerte 2005 sich die finanzielle Situation weiterhin verschlechtern wird, kann man nur hoffen, dass Hartz IV die versprochenen Erfolge bringt. Das z. B. der Arbeitsmarkt entlastet wird und sich dadurch als nächster Schritt auch die finanzielle Situation der Kommunen verbessert. Dies gilt umso mehr, als die Kommunen angesichts steigender Energiepreise und Kürzungen bei Sonderzulagen im Lohnbereich die privaten Haushalte und die Betriebe nicht weiter belasten können. Zum Haushalt selbst merkt er an, dass die Höhe der Verpflichtungsermächtigung von rd. 1,2 Mio. € kritisch ist bei einer Investitionssumme von insgesamt 1,6 Mio. €. Zum Campingplatz Jever fragt er an, in welcher Höhe sich

die Wirtschaftlichkeitsberechnung verändert und ob die Stadt Jever schon Ihre Beteiligung an den Kosten zugesagt hat. Hinsichtlich des Trennvorhangs in der Sporthalle Jungfermbusch erklärt er, dass seine Fraktion eine Kostenbeteiligung bis zu einem Betrag von 15.000 € befürwortet. Die Gründe hierfür sind, dass die Gemeinde als Trägerin der Grundschulen Nutznießerin ist, Schortenser Kinder ab Klasse 5 verbesserte Bedingungen vorfinden, die Einrichtung des gymnasialen Standortes die Wohnqualität verbessert und den Begriff Stadt untermauert. Weiterhin fragt er an, ob die Leitung der Orientierungsstufen, die immerhin 30 Jahre in Schortens tätig war, von der Gemeinde verabschiedet wurde. Es weiteren bittet er um Auskunft, ob und wenn ja, in welcher Höhe es Zuschüsse für den Pavillon gibt.

GVD Böhling erklärt hinsichtlich des Pavillons, dass der Betrag für die Renovierung des Pavillons nicht im vorliegenden Nachtragshaushalt steht, sondern bereits im Haushalt 2004 enthalten war. Es war auch im Haushalt ein Zuschuss in Höhe von 7.500 € veranschlagt, der beantragt und zwischenzeitlich auch genehmigt wurde. Im Verwaltungsausschuss wurde im Jahr 2003 der Nutzungsvertrag beraten und beschlossen. Gleichzeitig wurde jedoch, unabhängig vom Nutzungsvertrag, beschlossen, dass die Außenrenovierung, die zur Erhaltung des Gebäudes erforderlich ist, von der Gemeinde als Eigentümerin durchgeführt wird. Aufgrund dieser Beschlusslage wurden die entsprechenden Kosten ermittelt und darüber im Fachausschuss beraten. Bezüglich der von der BfB geforderten Wiederbesetzungssperre bzw. des Einstellungsstop erklärt er, dass die Verwaltung in den vergangenen Jahren in Zusammenarbeit mit dem Rat und dem Personal im Vorfeld immer entsprechend geprüft hat; zum Teil wurden Stellen abgebaut.

GD Schmitz geht auf die Anfrage von RM Eggerichs hinsichtlich des Campingplatzes ein und erklärt, dass die Mehrkosten bei der Investition zur zusätzlichen Belastung in der Wirtschaftlichkeitsberechnung führen. In der Gewinn- und Verlustrechnung sind etwa 3.000 bis 4.000 € durch Kapitalkosten mehr aufzuwenden, d. h. der vorausberechnete Gewinn wird von 27.000 € auf ca. 23.000 € sinken. Zu der Frage, ob die Grunderwerbskosten berücksichtigt waren, erklärt er, dass sie als Pachtkosten bereits veranschlagt waren. Die Frage zur Verabschiedung von der Leitung der Orientierungsstufen verneint er, da es keine Abschiedsveranstaltung gab. Die Leitung des Mariengymnasiums wurde in Schortens begrüßt.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen der RM Thiesing, Wolken, Schwagmeier, Eggerichs, Torkler, Haltern, GVD Böhling, Schwitters wird wie folgt beschlossen:

Anträge der BfB-Fraktion:

a) Dem Landkreis Friesland ist seitens der Gemeinde eine Beteiligung an den Kosten des Trennvorhangs anzubieten.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

RM Just erklärt, dass der vorliegende Antrag wie folgt modifiziert wird:

b) Die Sanierung des Pavillons wird aus dem Haushalt 2004 herausgenommen.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion:

Die Gemeinde Schortens möge sich bei dem " Nds. Landesamt für Denkmalpflege" in Hannover um die Herausnahme des hölzernen Pavillon im Klosterpark aus dem Denkmalschutz bemühen. Ergänzend ist im Nachtragshaushalt ein Sperrvermerk vorzunehmen.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

SV-Nr. 01/0581

Der vorstehende Vorschlag wird mehrheitlich genehmigt.

